



Themen

- Die Regensburger Wachstumsspirale
- Ausgleichsflächen
- Schillerwiesen
- Position zum Ausbau der A3



Umwelttreffen mit OB Wolbergs und Bürgermeister Huber

Vertreter von Umweltorganisationen führen Umweltgespräch mit OB Wolbergs und Umweltbürgermeister Huber

Die gute Nachricht übermittelte OB Wolbergs anlässlich des Umweltgespräches mit Vertretern verschiedener Umweltorganisationen zuerst: Die Stadt will bereits 2015/2016 die Schillerwiesen auch auf städtischem Grund nach der unseligen Abholzaktion aufwerten. Der Weg dorthin sei, so OB Wolbergs nicht „trivial“ gewesen. (siehe Artikel Folgeseite).

Beim ersten Gespräch ging es primär darum, Kontakt aufzubauen und eine Plattform des Zusammenwirkens zu schaffen.



Martin Creuzburg (Samos), Bgm. Jürgen Huber, Georg Härtl (Fischerei), Dr. Peter Streck (BN), Ernst Seidemann (LBV), Dr. Josef Paukner (DoNaReA), Raimund Schoberer (BN), OB Joachim Wolbergs, Petra Filbeck (BüfA)

Ein direkter Draht und weitere Umweltgespräche in regelmä-

ßigen Abständen wurde vereinbart.

Aktion „In die Schule GEHE ich gern“

4280 Kinder aus 200 Klassen in 24 Schulen in Stadt und Landkreis Regensburg beteiligten sich auch heuer im Oktober wieder an der Aktion „In die Schule GEHE ich gern“. Sie lief bereits im vierten Jahr in Folge. Eltern und Kinder verzichten in dieser Zeit auf das Auto zur Schule und gehen zu Fuß, treffen sich mit Freunden, schnappen frische Luft und reduzieren so das Verkehrschaos vor den Schulen. Gut für die Umwelt ist es zudem noch. Die Stadt Regensburg verlor unter den teilnehmenden städtischen Schulen einen Baum.



Auftakt in der Von der Thann Schule

Lebensqualität für Regensburgs Bürgerinnen und Bürger

Am 27. September 2014 fand im Gartenamt der 6. Runde Tisch zur Revitalisierung der Schillerwiesen statt. Dabei wurde der in Anlage befindliche Plan einstimmig beschlossen. Die Umsetzung soll in mehreren Schritten erfolgen:

2014/2015: Alle Maßnahmen im Uferbereich zur Donau (incl. Buchten, Uferabflachungen, Entsteinungen). Die Arbeiten sollen im Nov. / Dez. 2014 beginnen und im Frühjahr 2015 abgeschlossen werden.

2015 / 2016: Dammverbreiterung und Bäume entlang des Kronenweges

2015 / 2017: "Nördlichster Punkt". Hier erfolgt noch ein Kunstwettbewerb.

Der Rückenwind des Runden Tisches Schillerwiesen zeigt, dass Bürgerprotest, ehrenamtlicher Einsatz verbunden mit politischer Unterstützung und Enga-



Mitglieder des „Runden Tisches Schillerwiesen“

gement der Verwaltung einiges bewirken kann. Bereits diesen Herbst wird somit ein erster Abschnitt Uferbereich für Naherholung und Natur durch das Wasser und Schifffahrtsamt aufgewertet. Aktuell erfolgt die Detailabstimmung der Fachleute. Ideal für Regensburgs wichtiges Naherholungsgebiet, das somit wirklich absehbar aufgewertet wird.

Wichtiger Nebeneffekt ist auch, dass der Hochwasserschutz mit verbessert werden kann. Bis dahin wird es sicherlich auch die ein oder andere Beeinträchtigung durch die Gestaltungsmaßnahmen geben. Aber: Das Aktionsbündnis Schillerwiesen freut sich, wenn es in naher Zukunft Grund für ein weiteres „Fest im Fluss“ gibt.



Den am 27.09.2014 beschlossenen Plan finden Sie zur detaillierten Ansicht unter <http://www.regensburg.bund-naturschutz.de/brennpunkte/schillerwiese.html>

© Stadt Regensburg und Wasserschifffahrtsamt Regensburg

Naturmobil 2014 - Ein Erfolg

Von Mai bis November war das Naturmobil insgesamt 50 mal im Einsatz, davon 41 mal an Schulen und 9 mal bei Bürgerfesten. Zusätzlich bereicherte es das Angebot auf der Landesgartenschau in Deggendorf. Den über 1000 Kindern und so manchem Erwachsenen bot sich so die Möglichkeit, Naturräume wie Wiese, Hecke, Bach und Wald direkt vor Ort zu erkunden und mit Hilfe von Binokularen genauer zu erforschen. Auch die Resonanz in der Presse war sehr positiv. Herzlichen Dank an die Koordinatorin Angela Nunn und als Fahrer Dr. Alfred Lechner. Sie haben sich sehr eingesetzt.



Naturmobileinsatz Kinderbürgerfest Regensburg

Klausurtreffen der Kreisgruppe und der Ortsgruppen

Das Klausurtreffen der Kreisgruppe und der Ortsgruppen hat im Oktober zum fünften Mal stattgefunden ist zu einem wichtigen Termin für den intensiven Austausch zwischen den Ortsgruppen und mit der Kreisgruppe geworden. VertreterInnen aus 14 der bestehenden 17 OG trafen sich im Walderlebniszentrum in Riegling. Die einvernehmliche Abstimmung zwischen KG und OG bei Stellungnahmen war ebenso Thema wie die Einrichtung eines Fonds, der Demo-Busfahrten finanziell absichern soll. Besonders intensiv widmeten sich die TeilnehmerInnen der Frage nach dem Zustand von Ausgleichsflächen in den Gemeinden vor Ort (dazu



Kreis- und Ortsgruppentreffen im Walderlebniszentrum

auch ein ausführlicher Bericht von Rainer Brunner, ab Seite 8). Zur Vorbereitung eines Treffens

mit der neugewählten Landrätin Tanja Schweiger sammelten die Ortsgruppen Themen.

Konzerne profitieren – Menschen verlieren!

BN beteiligt sich an einer Demonstration gegen die laufenden Verhandlungen zu den Freihandelsabkommen CETA und TTIP

Am 11. Oktober 2014 hat ein europaweites Bündnis zu einem dezentralen Aktionstag aufgerufen, um die laufenden Verhandlungen über die Freihandelsverträge zu stoppen. Attac als Veranstalter der Demonstration in Regensburg wurde von einer breiten Allianz von Verbänden (Bund Naturschutz, Bündnis für Atomausstieg, Greenpeace, Weltladen Una Terra, KAB), Parteien (B90/Die Grünen, Die Linke, ÖDP, Piratenpartei) und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft dabei unterstützt. Start der Veranstaltung war am Kassiansplatz. Während der Demonstration durch die Regensburger Altstadt wurde der Zug an einigen Orten unterbrochen, um vor geeigneter Kulisse auf die Folgen der Freihandelsabkommen konkret für das Leben der Regensburger Bürgerinnen und Bürger hinzuweisen. Beim ersten Stopp am Alten Kornmarkt - heute der größte Wochenmarkt der Stadt – wies Cornelius Herb von der ÖDP darauf hin, dass das Abkommen TTIP zukünftig auch den Lebensmittelmarkt regulieren wird, es könne zudem als Türöffner für die Gentechnik in der Landwirtschaft gesehen



Demonstrationszug durch die Altstadt (Foto: K. Bierl)

werden. Vor dem Alten Rathaus zeigte Richard Spieß von der Linken auf, welche Auswirkungen das Abkommen auf die Kommunen haben wird. Auch werde die Ausweitung des freien Wettbewerbs, etwa auf die Daseinsvorsorge, vor allem zu niedrigeren Standards führen. Weitere Stopps zu den Themen Bildungs- und Kulturpolitik gab es vor der Volkshochschule am Haidplatz und beim Stadttheater am Bismarckplatz, Redebeiträge von *attac* und dem BN bereits zum Auftakt der Veranstaltung am Kassiansplatz. Für die musikalische Umrahmung sorgten „Die Ruam“. Die Teilnehmerzahl von ca. 300 Personen an der durchwegs gelungenen Veranstaltung war der Brisanz der Thematik leider nicht angemessen.

Aktiv werden

Die geplanten Freihandelsabkommen CETA und TTIP lassen starke Einschränkungen bei Umwelt- und Verbraucherschutz befürchten. Auch sollen der Wirtschaft nie dagewesene Privilegien bei Rechtsprechung und Gesetzgebung eingeräumt werden. Deswegen, informieren Sie sich über die geplanten Abkommen

www.bund.net/ttip
und unterstützen Sie die europäische Bürgerinitiative
<https://stop-ttip.org/de/>

Die Regensburger Wachstumsspirale

Gastbeitrag von Harald Klimenta

Haben Sie sich auch schon einmal gewundert, warum in Regensburg pausenlos über zu wenig Wohnraum lamentiert wird und gleichzeitig mit maximaler Energie Unternehmen dabei unterstützt werden, neue Arbeitsplätze zu schaffen? Schließlich benötigen mehr Beschäftigte auch mehr Wohnraum, und so lässt sich die Wohnsituation nie und nimmer entspannen.

Fakt ist, dass den 154.000 Einwohnern Regensburgs rund 140.000 innerstädtische Arbeitsplätze (einschl. geringfügiger Beschäftigung) zur Verfügung stehen – viel mehr als hier an Erwerbstätigen leben. Diese "erfolgreiche" Wirtschaftspolitik hat inzwischen über 70.000 Einpendler zur Folge, d.h., Regensburg wächst und schrumpft werktäglich um 50 % - Platz 2 in Deutschland, nur Wolfsburg „atmet“ noch stärker.

Aufgrund der Einbettung Regensburgs in den nationalen und internationalen Standortwettbewerb, so die Rede, kann in Regensburg überhaupt keine andere Politik gemacht werden, als eine an Wachstum orientierte.

Der Regensburger Koalitionsvertrag zeigt, wie die politische Elite dies umsetzen möchte:

Sechsspüriger Ausbau der A3, Sallener Regenbrücke, Klenzenbrücke, Pfaffenstein-Parallelbrücke, Entwicklung weiterer

Gewerbeflächen, Kongresszentrum, Konversionsflächen nutzen, städtische Flächen für Wohnungsbau zügig aktivieren, neues Parkhaus und Parkleitsystem, etc... Das wird zu Wachstum führen, und in 10 Jahren wird die Wohnraumsituation genau dieselbe sein wie heute. Die Bereitschaft, astronomische Summen für die letzten Filetstücke zu bezahlen, wird wachsen und Grüngürtel oder Naherholungsgebiete noch viel stärker unter Druck setzen als eh schon. Wachstum bedeutet eben auch: Mehr Straßen, mehr Verkehr, mehr Lärm, mehr schlechte Luft, mehr Nachverdichtung und Hochhäuser (nicht nur in Königswiesen), mehr Müll, mehr Energieverbrauch, weniger Platz für Kinder, weniger Naherholung - und mehr Technik und Aufwand, um die Übel halbwegs erträglich zu halten. Zukunftsfähig ist das weder in ökologischer Hinsicht noch löst es akute Probleme wie Arbeitslosigkeit oder Wohnraumangel - durch Wachstum dreht sich alles einfach nur eine Runde weiter. Aber das machen ja alle, und wenn man in irgendwelchen (Innovations-, Arbeitsplatz-, Uni-, Tourismus-, ...) Rankings ganz oben dabei sein will, muss man auch so handeln wie die anderen, nur „besser“. Eine enkeltaugliche Politik müsste versuchen, die Betonspirale zu verlassen – ein Projekt für die kommenden 50 Jahre.

Wahrscheinlich braucht es keine neuen Brücken und neuen Parkhäuser mehr, keine neuen Stra-

ßen und neuen Wohngebiete. Regensburg ist ausgewachsen. Viel wichtiger als weiteres Wachstum ist, uns fit für ein Zeitalter jenseits billigen Öls zu machen. Dafür brauchen wir kurze Wege (und mehr Arbeitsplätze dort, wo die Pendler leben), regionale (Stoff-, Energie- und Wertschöpfungs-) Kreisläufe und eine Bevölkerung, die Zeit und Muße für Engagement, Beziehungsarbeit und mehr do-it-yourself hat – also kürzere Arbeitszeiten.

Fazit: Neue Arbeitsplätze erhöhen die Immobilien- und Mietpreise, was Immobilienprojektorer beglückt. Neubauten erhöhen die Bevölkerung, die nach mehr Arbeitsplätzen ruft. Eine unendliche Wachstumsspirale, die Regensburg überhaupt nicht gut tut.



Foto: H. Klimenta

Dr. Harald Klimenta ist Autor und Dozent, er ist im wissenschaftlichen Beirat von attac Deutschland

www.harald-klimenta.de

Sechsspuriger Ausbau der Autobahn A3 Rosenhof - Kreuz Regensburg

Die A3 bei Regensburg ist zu Hauptverkehrszeiten an ihre Kapazitätsgrenze gelangt. Der BN hat Zweifel, ob das Vorhaben geeignet ist, die Mobilität sowohl regional als auch überregional umwelt- und gesellschaftsverträglich nachhaltig zu verbessern.

Die UNO hat bereits 2006 ihren beklemmenden Bericht zum Klimawandel vorgestellt. Aktuell werden wieder erhebliche Ressourcen für den Ausbau des klimaschädlichen KFZ-Verkehrs verwendet. Vor dem Hintergrund, dass die A3 und die A93 im Bereich von Regensburg in wesentlichen Teilen auch die Funktion einer Stadtautobahn haben und durch einen geringeren Anteil lokaler Verkehrsströme eine deutliche Entlastung gegeben wäre, sollten andere Prioritäten gesetzt werden:

- die Verbesserung des ÖPNV im Großraum Regensburg
- die Stärkung des nicht motorisierten Verkehrs im Großraum Regensburg
- die Verkehrslenkung mit dem Ziel der Vermeidung und der Entzerrung der Verkehrsbelastung auf der A3 und der A93
- die Verbesserung des schienegebundenen Regensburger Sterns (DB)
- der vordringlichen Realisierung der überregional für den Personen- und Güterverkehr bedeutsamen Donau-Moldau Bahn (München-Prag)

und in die

- Verbesserung des Verkehrs auf den Bahnlinien Nürnberg-Passau und Regensburg-Hof.

Das Projekt ist zudem nicht Bestandteil des Bundesverkehrswegeplanes. Eine Aufnahme in diesen würde nach Ansicht des BN in direkter Konkurrenz zu den genannten wichtigen Bahnprojekten stehen. Dringend wären auch Pendlerparkplätze in ausreichender Anzahl mit Anschluss an den ÖPNV notwendig. Die vorliegende Planung beinhaltet dazu nichts. Auch der Ansatz, Lärmschutz mit PV-Stromgewinnung zu verbinden fehlt völlig.

Durch das Vorhaben erfolgen großflächige Versiegelungen. Es ist deshalb zu befürchten, dass die umliegenden Bereiche bei heißem Sommerwetter einer deutlich höheren Wärmebelastung ausgesetzt sein werden. Die Stadt Regensburg hatte eigens am Forschungsprojekt

des Bundesbauministeriums „Urbane Strategien zum Klimawandel“ teilgenommen. Ergebnisse dieses Forschungsprojektes fließen in die Planungen nicht ein. Das ist ein großes Defizit, welches sich z.B. beim geplanten Regenrückhaltebecken „RRB3“ zeigt. Es ist auf Grund seiner Lage im städtischen Bereich und seiner Größe (Grundfläche ca. 2 Hektar) von besonderer kleinklimatischer Bedeutung. Die rein unter technischen Gesichtspunkten geplante Bauausführung wird der besonderen örtlichen Situation nicht gerecht. Dies umso mehr, als durch einen deutlichen Anteil an Gehölzflächen für Bäume (Erlen, Weiden, Eschen) die Voraussetzungen für spürbare Verbesserungen des Stadtklimas durch Verdunstung, durch das Ausfiltern von Feinstaub und insgesamt für die örtliche Ökologie im Umfeld dieses RRB erreicht werden könnten.

*Rein technisches Bauwerk mit mehr ökol. Potential: Regenrückhaltebecken RRB3
©Planunterlagen Autobahndirektion Süd
http://www.abdsb.bayern.de/projekte/planung/A3_Reg-Rh/U18-3_B3_RRB3.pdf*

Sind die Ausgleichsflächen in meiner Gemeinde richtig gestaltet?

BN-Mitglieder aus Pettendorf, Wolfsegg und Pielenhofen besuchten bei mehreren Wanderungen im Mai und Juni dieses Jahres die Ausgleichsflächen der drei Gemeinden. Festgestellt wurde, dass etwa ein Drittel der Ausgleichsflächen, besonders die Flächen privater Investoren, nur „ernannt“ waren, d.h. die Flächen sahen noch so aus wie vor ihrer „Ernennung“. Zufällig sahen wir dann einige Monate später in der Sendung „quer“ im BR, dass es in vielen Gemeinden Bayerns noch viel schlimmer aussieht.

<http://www.br.de/mediathek/video/sendungen/quer/140918-quer-ausgleichsflaechen-mogelei-100.html>

Vorbemerkung: Nach §§ 13 und 14 Bundesnaturschutzgesetz muss bei Eingriffen in Natur und Landschaft (neues Baugebiet, neue Straße, usw.) ein Ausgleich geschaffen werden. Der Verursacher (Gemeinde oder Privater) muss diese Ausgleichsflächen bereitstellen und gestalten.

Wesentliches Merkmal einer als Ausgleichsfläche vorgesehenen Fläche ist, dass erstens auf ihr eine ökologische Aufwertung möglich ist und zweitens dann diese auch durchgeführt wird. Es gibt heute noch Politiker, die eine bereits ökologisch wertvolle Fläche (z. B. land- und forstwirtschaftlich wenig ertragreiche

Flächen, Streuobstwiesen, Feldgehölze) als die ideale Ausgleichfläche betrachten. Ökologisch aufwertbare Flächen sind aber z.B. intensiv bewirtschaftete Agrarflächen. Wo sind die Ausgleichsflächen? Auf der Homepage des Landratsamtes oder der Gemeinde kann man feststellen, wie viele Bebauungspläne es in der Gemeinde gibt, mehr nicht, denn dort gibt es keine Infos zu den Ausgleichsflächen. Es bleibt nichts anderes übrig, als ins Bauamt zu gehen und die Bebauungspläne durchzuschauen. Vorher sollte man sich dort ankündigen, damit man detaillierte Unterlagen erhält. Die Bauämter müssen eine Liste aller Ausgleichflächen haben, denn Ausgleichsflächen sind an das Umweltministerium in Bayern zu melden.

Auf einer Übersicht, die man sich anhand der Unterlagen selbst anfertigt oder die man beim Bauamt erhält, sollten aufgeführt sein:

- Flurnummer Ausgleichsfläche
- das dazugehörige Baugebiet (= der dazugehörige Eingriff in die Natur)
- wann wurde der Bebauungsplan rechtskräftig,
- der Eigentümer der Ausgleichsfläche
- die vorgesehene Gestaltung der Ausgleichsfläche.

Eigentümer ist entweder die Gemeinde (bei kommunaler

Baulandausweisung) oder eine private Person / Einrichtung (Investor, Kirchenverwaltung, u. a.). Dieser ist für die richtige Ausführung verantwortlich. Das Auffinden der Ausgleichsflächen im Gelände wird erheblich erleichtert, wenn man beim Bauamt Flurpläne auf Google Earth- oder Bayern Viewer-Basis erhält. Wenn die Gemeinde dazu nicht bereit ist, bekommt man diese Pläne auch auf Anfrage bei der Unteren Naturschutzbehörde per E-Mail.

Wie soll die fertige Ausgleichsfläche aussehen?

Man muss den gültigen Bebauungsplan durchblättern. Grünordnungspläne sind Anweisungen für die Gestaltung der privaten Bauplätze oder der Zufahrtsstraßen. In der Regel findet man die Überschriften „Eingriffsregelung“ (in die Bauleitplanung) oder „Bewertung der Schutzgüter“. Meistens findet man zuerst die Berechnung zur Wahl des Ausgleichsfaktors. Dieser liegt in der Regel zwischen 0,3 und 0,6. Wenn man will, kann man das nachprüfen anhand der Broschüre Bauen im Einklang mit Natur und Landschaft, die man sich als PDF herunterladen kann:

http://www.stmuv.bayern.de/umwelt/naturschutz/doc/leitf_oe.pdf

Der Ausgleichsfaktor wird vom Architekturbüro erhoben und von der Unteren Naturschutz-

behörde abgeseget. Je höher der ökologische Wert der bebauten Fläche war (Eingriff in die Natur) und je dichter die Bebauung, desto höher ist der Ausgleichsfaktor. Die Größe der Ausgleichsfläche ist also in der Regel 30 bis 60 % der bebauten Fläche.

Wichtig ist die Beschreibung der Ausgleichsfläche, meistens ergänzt mit einer Liste der vorgesehenen Bepflanzung.

Die von der Gemeinde oder vom privaten Investor gewählte Ausgleichsfläche muss ökologisch aufwertbar (gewesen) sein. Bei alten Ausgleichsflächen - 2002 gab es im Landkreis Regensburg die erste Ausgleichsfläche, das sind 12 Jahre - vergleicht man am besten die vorgefundene Vegetation mit den Vorgaben im Bebauungsplan. Wenn das nicht übereinstimmt, dann wurde wahrscheinlich damals nichts gemacht.

Früher wurden öfter mal (aber auch heute noch) land- und forstwirtschaftlich wenig ertragreiche Flächen, gleichzeitig aber ökologisch hochwertige Flächen zu Ausgleichsflächen „ernannt“. Die Fläche ist zwar jetzt „geschützt“, aber das ist nicht der Sinn der Ausgleichsregelung, obwohl das mancher Bürgermeister oder Gemeinderat als ganz in Ordnung betrachtet. Ein Ausgleich für das dazugehörige Baugebiet hat definitiv nicht stattgefunden. Wir fanden bei unserer Begehung aber auch Ackerland und Wiesen, offiziell Ausgleichsflächen, die genauso bewirtschaftet wurden wie vorher.

Was ist ein Ökokonto?
Gemeinden, die zukünftig Bauland erschließen wollen und deshalb Ausgleichsflächen brauchen, kaufen, wann immer sich die Gelegenheit bietet, landwirtschaftliche Flächen, die dann später als Ausgleichsflächen zur Verfügung stehen. Oder der als Ausgleichsfläche für ein neues Baugebiet gekaufte oder vorgeplante Acker (Flurnummer) hat selten exakt die geforderte Fläche. Was darüber hinausgeht kommt zum Ökokonto und zählt dann für ein neues Baugebiet. Das heißt, die Ausgleichsfläche für ein bestimmtes Baugebiet kann sich auch auf mehrere Flurnummern verteilen.

Schlussbemerkung:
Die Grundlage der Ausgleichs-

regelung (auch Eingriffsregelung) ist der § 34 Baugesetzbuch. Die gesetzlich verankerte Ausgleichsregelung ist das bedeutendste Instrument zur Durchsetzung von Belangen des Naturschutzes neben den durch andere Gesetze (Naturschutzgesetz) gesicherten – relativ wenigen – Gebieten (z.B. NSchGebiete, Moore, Auwälder, Magerrasen, FFH, usw.).

Wenn wir in unseren Gemeinden die Ausgleichsflächen kritisch anschauen, erledigen wir ehrenamtlich eine wichtige Aufgabe für den Erhalt der Natur. Diese Überprüfungen sind eigentlich eine Aufgabe der Unteren Naturschutzbehörden, die dazu aber mit viel zu wenig Personal ausgestattet sind.

Copyright Rainer Brunner



Ehrenamtliche besichtigen eine Ausgleichsfläche

Mitgliederversammlung 2014 im Zeichen der Energiewende

Raimund Schoberer, erster Vorsitzender der Kreisgruppe begrüßte, im bis auf den letzten Platz gefüllten Katharinensaal des Spitalgartens die Mitglieder des Bund-Naturschutz.

Naturschutz und Energiewende waren die zentralen Themen der Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Regensburg des Bund Naturschutz Bayern (BN). Richard Mergner, Landesbeauftragter des BN zeigte auf, dass die Energiewende noch kräftigen Schub von unten durch die Bürgerinnen und Bürger und durch die politisch Verantwortlichen, gerade auch in Regensburg, braucht. Alleine der Anteil am Kohle und Atomstrom in den Regensburger Stromnetzen liegt noch bei über 80%. Energieeffizienz und Energiesparen sind noch deutlich ausbaufähig. Energiewende ist ein echter Generationenvertrag, denn damit werden künftige Generationen vor den Kosten der Nutzung fossiler Energieträger und von Atomkraftwerken geschützt. Ein zentrales Thema für die Kreisgruppe ist die Energie-

wende in Bayern und bei uns in Regensburg. Stadt und Landkreis haben bis in die jüngste Vergangenheit keine Vorreiterrolle gespielt. Es gilt hier aufzuholen. Richard Mergner, Landesbeauftragter des BN, begrüßte die MZ-Themenwoche zur Energiewende als ideal und ging dann in seinem Vortrag „Energiewende schon erledigt? Aktiv werden!“ auf die gerade vom Landtag verabschiedeten 10-H-Abstandsregeln von Windkraftanlagen ein. Damit wird ein wichtiger Pfeiler der Energiewende in Bayern mit hoher Wahrscheinlichkeit wegbrechen. Dabei gibt es viele positive Beispiele, wie dank des Bürgerengagements die Energiewende naturverträglich gelingen kann. Zunehmend engagieren sich

Bürgerinnen und Bürger etwa in Energiegenossenschaften, um Anlagen zur Nutzung regenerativer Energien in Bürgerhand zu erstellen. Jeder einzelne kann aktiv werden.

Aktiv werden

Die Kreisgruppe und viele Ortsgruppen bieten als besonderen Service den Einsatz unserer **Wärmebildkamera** zum identifiziert von „Wärmelöchern“ an .



Aktiv werden



Kommen Sie am **17.01.2015** mit zur Demo nach Berlin! Es ist ein direkter Bustransfer von Regensburg aus organisiert. Infos und Anmeldung bei Petra Filbeck

petra@filbeck.de

Impressum:

Herausgeber:

Kreisgruppe Regensburg

BUND Naturschutz i. Bayern e.V.

Dr.-Johann-Maier-Straße 4

93049 Regensburg

Tel. 09 41 / 2 30 90

Fax 09 41 / 2 30 92

regensburg@bund-naturschutz.de

Redaktion:

Raimund Schoberer (verantw.)

Hans Lengdabler; Dr. Cornelia Paulsch

Ulli Sacher-Ley; Dr. Andreas Straßer

Titelbild: Wärmebildcollage von Walter Nowotny

Bildnachweis, sofern nicht anders angegeben: BN Archiv